

WIRTSCHAFT

JOSEPHINE PABST

Zwei Kölner Wirtschaftsstudentinnen haben in der „Welt am Sonntag“ (5. Oktober) harte Kritik daran geübt, dass im Studium der Volkswirtschaftslehre bis heute so getan wird, als habe es die Finanzkrise von 2008 nicht gegeben. Steffen Roth, Geschäftsführer des traditionsreichen Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, nimmt seine Wissenschaft in Schutz – und wirft seinerseits dem akademischen Nachwuchs eine Neigung zu vorschnellen Urteilen vor.

DIE WELT: Herr Roth, die Volkswirtschaftslehre steht seit der Finanzkrise in der Kritik. Ist die VWL als Wissenschaft überschätzt?

STEFFEN ROTH: Die Volkswirtschaftslehre erlebt seit der Begründung des Faches ein in Zyklen wiederkehrendes Phänomen. Abwechselnd leidet das Fach an einer kolossalen Überschätzung und dann wieder an einer weit übertriebenen Mindererschätzung seiner Fähigkeiten. Wir können relativ gut abschätzen, wie Menschen auf die Veränderung von Subventionen oder Steuern reagieren. Wir können versuchen, die Reaktionen der Menschen auf erhöhte Unsicherheit oder längere Lebenserwartung abzuschätzen. Alles nur der Richtung und Struktur nach, aber immerhin mit plausiblen Kausalserklärungen und recht robusten Erfolgen.

Und wo sind die Grenzen?

Wir können kaum verlässliche Voraussagen darüber treffen, wie die Auftragsgänge der deutschen Wirtschaft in sechs Monaten sein werden. Denn dies hängt von sehr vielen Verhaltensweisen und Entscheidungen sehr vieler Akteure ab, die miteinander verwoben und interdependent handeln. Als Parameter fungieren zum Beispiel, wie sich der Ukraine-Konflikt weiterentwickelt, welche Auswirkungen die Situation in Syrien hat, ob der französische Premierminister Valls seine Sparvorhaben durchhalten kann, wie sich die Beziehungen der westlichen Welt zu Saudi-Arabien entwickeln und wie lange die EZB an extremen Niedrigzinsen festhalten wird. Diese Erwartungen sinnvoll abzuschätzen, kann sich kein Volkswirt anmaßen.

Es war also damit zu rechnen, dass die Ökonomen die Finanzkrise nicht haben kommen sehen?

Die Kritik an der Volkswirtschaftslehre gleicht wenigstens zum Teil einem reinen Wunschdenken, einem Nirwana-Ansatz: Es ist richtig, dass die VWL die Welt nicht umfänglich erklären kann und somit weiterhin kaum in der Lage ist, spezifische Ausprägungen und ein genaues Datum von Krisen vorherzusagen. Es ist hingegen illusorisch zu glauben, diese Unzulänglichkeit liege daran, dass die falsche VWL-Methode angewandt wird und es andere Vorgehensweisen innerhalb der VWL gäbe, dank derer jeder Studierende zukünftige Krisen verhindern könnte.

An vielen Hochschulen, darunter auch der, an der Sie lehren, der Universität Köln, wird im VWL-Studium kaum noch diskutiert – und stattdessen fast nur noch gerechnet. Muss das sein?

Lehman wer? In der „Welt am Sonntag“ veröffentlichten kürzlich zwei Studentinnen ihre Kritik am mangelnden Bezug der Lehre zu aktuellen Krisen



„Es mangelt an Bescheidenheit“

Die Volkswirtschaftslehre muss sich harscher Kritik erwehren: Die Finanzkrise hätten die Ökonomen nicht vorhergesehen, es fehle an Realitätsnähe. Ein Volkswirt antwortet

Ich besuche nur selten Vorlesungen der Kollegen, mein Einblick aus erster Hand ist also äußerst eingeschränkt. Wenn Sie jedoch nach meinem persönlichen Eindruck fragen, würde ich den heutigen Absolventen bescheinigen, dass sie im Durchschnitt über deutlich bessere Kenntnisse der quantitativen Methoden verfügen als ihre Kollegen vor zehn Jahren und auch besser rechnen können.

Der Trend des Faches geht international eindeutig in diese Richtung, insofern ist die stärkere Durchdringung der Lehre mit Mathematik und Ökonometrie unvermeidlich, wenn man den Studierenden eine adäquate Ausbildung vermitteln will, die auch international anschlussfähig ist. Allerdings geht die stärkere Formalisierung und Mathematisierung natürlich auf Kosten anderer Fähigkeiten und Lehrinhalte.

Die da wären? Ebenso wenig wie die Studierenden vor zehn Jahren klüger oder leistungsfähiger waren als heutige Generationen, sind die heutigen schlauer oder aufgeweckter als frühere Studierende. Studierende, die heute besser rechnen und Modelle kalibrieren können als ihre Vorgänger, können auf der anderen Seite tendenziell schlechter politisch-kulturelle Interdependenzen erkennen, kennen weniger institutionelle Details der realen Welt und befassen sich weniger mit staatsphilosophischen oder wissenschaftstheoretischen Fragen. Kurz gesagt: Die heutigen Absolventen können wesentlich besser rechnen als früher, sie denken aber weniger kritisch darüber nach, welchen Erkenntnisgewinn ihre Rechnung erschließt und welche Aussagekraft ihr Rechengebnis für die reale Welt hat.

Wie hat sich denn die Lehre seit der Finanzkrise geändert? Der Großteil der Fächer und Kurse innerhalb des VWL-Studiums hatte weder vor noch nach der aktuellen Krise unmittelbare Berührungspunkte zu Themen der Bankenregulierung, der Zentralbankpolitik, der staatlichen Immobilienförderung oder ähnlichem. Ich denke, es ist klar, dass ein wirtschaftswissenschaftliches Hochschulstudium eine Vielzahl von Kursen beinhaltet, deren Inhalt methodischer Natur sind, sich mit besonderen Fragen der Nachtwissenschaften befassen oder sich mit Spezialfragen beschäftigen, die keinen ohne Weiteres erkennbaren Zusammenhang zur aktuellen Krise haben.

Warum sollte sich in der Statistikvorlesung, dem Seminar zur Auktionstheorie oder der Veranstaltung zu mikroökonomischen Arbeitsmarktmodellen etwas ändern? Hinzu kommen große Anteile des Studiums, die das Grundlagenwissen vermitteln, auf dem im späteren Verlauf des Studiums aufgesaugt werden kann. Es erscheint mir persönlich nicht erforderlich, in Reaktion auf die aktuelle Krise diese Veranstaltungen grundsätzlich inhaltlich zu überarbeiten. Im Gegenteil: Es wäre ein schlimmes Zeichen, wenn die aktuelle Krise dazu geführt hätte, dass sich sämtliche Grundlagen des Faches als falsch und die bisherige Lehre als grundsätzlich fehlerhaft herausgestellt hätte.

Inwiefern werden die Wirtschaftskrise und ihre Ursachen in die Vorlesung eingebaut? Die Veranstaltungen eignen sich ihrer Natur nach besser oder schlechter, um auf die Geschehnisse rund um die Krisen einzugehen. In einer mathematischen Grundlagenstunde gibt es keinen sinnvollen Anknüpfungspunkt. In der Bachelor-Profilgruppe „Institutionenökonomik und ökonomische Politikberatung“ hingegen kann ich über die Überzeugungskraft institutioneller Vorkehrungen durch politisch verfasste Regeln – wie die No-Bailout-Regel im Europäischen Währungsverbund – diskutieren. Die Überzeugungskraft von Regeln hat sich durch die beobachtbaren Entscheidungen der Politik in der Krise stark relativiert. Während man vor der Währungs- und Schuldenkrise eifrig nach Regeln suchte, deren Einhaltung bestimmte erwünschte Effekte gehabt hätte, verschiebt sich der Fokus nun massiv hin zu den Fragen, wie man Regeln schaffen kann, deren Einhaltung selbsterfüllend ist – und ob solche auch im Krisenfall nicht revidierbaren Festlegungen tatsächlich erwünscht wären. Und in fortgeschrittenen Veranstaltungen zur Wirtschaftspolitik im Master kann man die realen Ereignisse diskutieren. Ich gehe davon aus, dass alle Kollegen die Entwicklungen der Krise verfolgen. Wo sich sinnvolle Ansatzpunkte in der Lehre finden, werden die Kollegen diese auch nutzen, denn selbstverständlich ist die Lehre umso befriedigender, desto eher sie die Studierenden begeistert. Und nichts begeistert die Studierenden mehr als zu erkennen, dass der Stoff der Veranstaltung etwas mit ihrer realen Lebenswelt zu tun hat und ihnen beim Verständnis realer Vorgänge hilft.

Wenn die Krise nicht in alle regelmäßigen Vorlesungen passt, kann man dann nicht neue Wege gehen?

Die Auseinandersetzung mit der aktuellen Krise ist ein Interesse, welches an der Schnittstelle der Universität und der Öffentlichkeit entsteht. Zugleich kann in einer arbeitsteilig ausdifferenzierten Wissenschaft nicht seriös erwartet werden, dass jeder Dozent gleichermaßen geeignet ist, zu sämtlichen Themen zu referieren. Das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln hat dieses Interesse aufgegriffen und zwischen 2010 und 2013 drei komplette Ringvorlesungen organisiert, die sich mit der realwirtschaftlichen Krise, der europäischen Währungs- und Schuldenkrise sowie der Neuordnung von Fiskal- und Währungspolitik der Europäischen Union befasst haben. Im Rahmen dieser Ringvorlesungen konnten wir insgesamt mehr als 35 renommierte Referenten an die Universität holen und deren jeweils spezifische Expertise nutzen. Diese Ringvorlesungen standen sowohl Studierenden aller Fachrichtungen als auch der interessierten Öffentlichkeit offen. Studierende konnten sich mit ausgewählten Fragen intensiver beschäftigen und durch Abfragen entsprechender Essays Leistungsachweise im Studium Integrale erarbeiten. Im letzten Jahr haben wir außerdem die besonders wichtigen Fragen der neuen Finanzinstitutionen und der Krisenbewältigung innerhalb der EU zum Thema eines wirtschaftspolitischen Symposiums gemacht.

Werden auch Meinungen abseits des Mainstreams berücksichtigt? Der typische Professor einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vertritt keine Lehrmeinung. Die großen ökonomischen Lehrmeinungen – à la Angebots- oder Nachfrageorientierung, Keynesianismus oder Neoklassik etc. bieten angesichts der Ausdifferenzierung der Theorien keine sinnvolle Abgrenzungsmöglichkeit mehr. Die wirtschaftspolitischen

Debatten um die Grundfragen der Wirtschaftsordnung sind aus dem universitären Alltag erst recht verschwunden. Es gibt nach meinem Verständnis weder eine Methode noch eine wirtschaftspolitische Ausrichtung oder gar gesellschaftspolitische Überzeugung, die man als Mainstream der heutigen Ökonomen identifizieren könnte. An der Universität zu Köln beispielsweise haben wir starke Cluster im Bereich neuer Makroökonomik, im Bereich der verhaltensökonomischen Forschung und im Bereich des „Market designs“. Die Kollegen der VWL arbeiten mit völlig unterschiedlichen Methoden und vollkommen unterschiedlichen Fragestellungen zu total unterschiedlichen Themen. Wo derart unterschiedlich geforscht und gelehrt wird, erscheint der Ruf nach Forschung und Lehre abseits des Mainstreams eher abwegig.

Haben Sie den Eindruck, die Studenten waren noch vor zehn, fünfzehn Jahren politischer?

VWL wird typischerweise von jungen Menschen studiert, die gesellschaftspolitisch interessiert sind und ahnen, dass der Gestaltung der Wirtschaftsordnung eine immens wichtige Bedeutung zukommt. Dazu kommen politisch interessierte junge Leute, die sich selbst als tendenziell kapitalismuskritisch einschätzen und verstehen wollen, wie die Wirtschaft funktioniert. Aber natürlich gab es auch bereits vor 15 Jahren eine nicht unbedeutende Zahl von Studierenden, die das Fach eher zufällig gewählt haben, weil „Wirtschaftswissenschaften“ so klingt, als könne man später Geld damit verdienen. Es mag sein, dass die ersten beiden Gruppen kleiner geworden sind. Was tatsächlich auffällt: Die Befähigung zur akademischen Auseinandersetzung mit wirtschafts- und sozialpolitischen Themen nimmt nicht gerade zu.

Inwiefern?

Natürlich fallen auch heute manche Studenten mit fundierten Vorkenntnissen, hohem Reflexionsniveau und wertvoller Diskussionsfähigkeit auf. Der Durchschnitt aber hat sich verändert: Viele Studenten argumentieren viel stärker aus dem Bauch heraus und ohne entsprechendes politisches und philosophisches Grundlagenwissen. Sie verkünden in größerem Ausmaß als früher persönliche Meinungen statt logisch konsistent mit Voraussetzungen und Kausalketten zu argumentieren. Sie glauben, durch demoskopische Umfragen oder gar aktuelle Stimmungsbilder in ihrem Freundeskreis wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen. Die Hinterfragung mehrheitlich geteilter Überzeugungen kommt ihnen letzterischer vor. Umgekehrt sind sie weniger selbst reflektiert, wegen weniger Zweifel an ihrem Fach und ihrer Fachkenntnis und sind verblüffend leichtfertig bereit, ihre eigenen Überzeugungen ohne weitere Überprüfung zur Richtschnur politischer Empfehlungen zu machen. Wissenschaftliche Erörterungen, deren Erscheinungsdatum mehr als fünf Jahre zurückliegt, werden selten zu Rate gezogen. Schon gar nicht, wenn man sie nicht frei zugänglich im Internet findet. Es mangelt an Bescheidenheit und Respekt vor den Gedanken der bereits emeritierten oder gar längst verstorbenen Gelehrten.



ZUR PERSON

Steffen Roth ist seit 2002 Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln. Er studierte VWL in Köln und Dublin. Sein Interesse liegt vor allem auf der Analyse des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung.

WELT-Konferenz Wirtschaft_digital

Wertschöpfungs- und Sicherheitskonzepte für das 21. Jahrhundert

Am 12. November 2014 in Berlin

Die Wertschöpfungskonzepte des 21. Jahrhunderts sind digital. Sicherheit wird somit zum erfolgskritischen Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. Im Zeitalter der Digitalisierung und der Industrie 4.0 bedeutet dies nicht nur Herausforderungen, sondern große Chancen – insbesondere für Deutschland.

Ein Thema für Sie und DIE WELT auf der WELT-Konferenz Wirtschaft_digital am 12. November 2014 bei DIN e. V., Am DIN-Platz, Berlin.

Sichern Sie sich einen Platz in dieser zukunftsweisenden Konferenz!
Melden Sie sich an bis zum 24. Oktober 2014 unter www.rubach-konferenzen.de.

Zu den Referenten zählen u. a.:

- Stefan Auerbach, Geschäftsführer und Leiter des Geschäftsberichts „Mobile Security“, Giesecke & Devrient
 - Wilhelm Dolle, Leiter Security Consulting und IT Consulting im öffentlichen Sektor und Partner, KPMG
 - Ulf Feger, Cyber Security Officer, Huawei Technologies Deutschland
 - Prof. Dr. Henning Kagermann, Präsident, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
 - Bernd Leukert, Mitglied des Vorstands, Produkte & Innovation, SAP SE
 - Dr. Hans-Joachim Popp, Chief Information Officer, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)
 - Walter Schumann, Vorstand, G DATA Software AG
 - Dieter Schweer, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. BDI
- Moderation:** Andre Tauber, Wirtschaftsredaktion WELT-Gruppe, Axel Springer SE

Veranstaltungspartner:
Jutta Rubach
Marketing - Kommunikation & Networking



ANZEIGE